

31. März 2019

1. Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.

- a. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?

Oft gefeiert als Meilenstein der internationalen Zusammenarbeit, da sich die Weltgemeinschaft erstmalig auf 17 Nachhaltigkeitszielen auf einen universalen und alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen einschließenden Katalog von festen Zeitzielen geeinigt hat.

Sie sollen in den nächsten Jahrzehnten die internationale Zusammenarbeit in zentralen Politikbereichen sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltig prägen. Jedoch leider wenig verbindlich geregelt. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen das die Menschheit unseren Planeten vor Ausbeutung und Schädigungen schützt. Daher betrachten wir diese Nachhaltigkeitsziele lediglich als Einstieg in einer globalen Rettungsaktion unseres Planeten und unseren Miteinanders. Europa kommt hierbei eine ganz besondere Rolle zu und muss der Weltgemeinschaft dabei aufzeigen, dass diese Ziele bei weitem noch nicht ausreichend sind um unsere Erde für die nachkommenden Generationen zu wahren.

- b. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?

Nein. Dass die Parlamentsrechte gestärkt werden müssen steht für uns außer Frage, das geht aber nicht mit der grundsätzlichen Aufhebung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat. Das wäre kontraproduktiv. Dadurch würde die EU nicht handlungsfähiger, die Südländer und Ostländer hätten immer die Stimmenmehrheiten. Ich glaube es kann jeder nachvollziehen welche Auswirkungen dieses alleine schon bei der Umsetzung der vorab genannten Nachhaltigkeitsziele hätte. Europa würde ganz andere Richtlinienkompetenzen erhalten und das wäre nicht unbedingt zum Wohle der Menschheit und unserer Weltgemeinschaft.

- c. Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?

**Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,**

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, **Internet:** www.waehlefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

Natürlich, wenn nicht wir, wer denn?

Bisher haben doch alle versagt. Es sind ja nicht nur einige Mitgliedstaaten. Gerade die deutschen Abgeordneten glänzten alle durchweg entweder mit Untätigkeit oder reiner Symbolpolitik.

Das dürfte jeden klar werden, wenn er sich den Zustand unseres Planeten vor Augen führt und dann liest was, bereits am 08. Dezember 1989 auf der ersten Europäischen Konferenz über Umwelt und Gesundheit der

Weltgesundheitsorganisation in Frankfurt am Main verabschiedet wurde,

„in Bekräftigung der Notwendigkeit, den Zustand der Umwelt zu schützen, zu erhalten und

zu verbessern und eine nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung zu gewährleisten,

in der Erkenntnis, dass ein angemessener Schutz der Umwelt für das menschliche Wohlbefinden

und die Ausübung grundlegender Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben,

unabdingbar ist, ferner in der Erkenntnis, dass jeder Mensch das Recht hat, in einer seiner Gesundheit und seinem Wohlbefinden zuträglichen Umwelt zu leben, und dass er sowohl als Einzelperson als auch in Gemeinschaft mit anderen die Pflicht hat, die Umwelt zum Wohle

gegenwärtiger und künftiger Generationen zu schützen und zu verbessern, in Erwägung dessen, dass Bürger zur Wahrnehmung dieses Rechts und zur Erfüllung dieser

Pflicht Zugang zu Informationen, ein Recht auf Beteiligung an Entscheidungsverfahren und

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten haben müssen, und in Anbetracht der Tatsache, dass sie in dieser Hinsicht gegebenenfalls Unterstützung benötigen, um ihre Rechte

Wahrnehmen zu können; in der Erkenntnis, dass im Umweltbereich ein verbesserter Zugang zu Informationen und eine verbesserte Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren die Qualität und die Umsetzung von Entscheidungen verbessern, zum Bewusstsein der Öffentlichkeit in Umweltangelegenheiten beitragen, der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, ihre Anliegen zum Ausdruck zu bringen, und es den Behörden ermöglichen, diese Anliegen angemessen zu berücksichtigen; mit dem Ziel, die Verantwortlichkeit und Transparenz bei Entscheidungsverfahren zu fördern.“

2. Klima und Energie

Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke, denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt, die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

- a. Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?

Wir werden nicht nur zustimmen sondern auch die Umsetzung einfordern, das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig!

- b. Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO₂-Mindestpreis ein?
Ja.
- c. Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

**Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,**

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, Internet: www.waehlefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

Eine Steuer auf Kerosin ist zwingend erforderlich! Damit nicht nur innerdeutsche Flüge einer Kerosinsteuer unterliegen muss eine europaweite Kerosinsteuer eingeführt werden. Die Einnahmen werden ausschließlich für den Umweltschutz (Forschung alternativer Fortbewegungsmethoden) verwendet. Nur so ist eine Gleichstellung gegenüber anderen Verkehrsmitteln möglich und die Kosten für die Klimaschäden werden nicht einseitig vom Steuerzahler getragen! Es gilt das Verursacherprinzip. Zudem ist es schwer verständlich, dass die Beförderung zum Flughafen mit einem Taxi oder die Inanspruchnahme des Parkhauses am Flughafen mehr Kosten als der Hin- und Rückflug zu vielen europäischen Zielen. Ohne eine Kerosinsteuer tragen die Steuerzahler alleine die gesteigerten Kosten für den Umweltschutz. Die Gewinne verbleiben hingegen bei den Airlines. Neben einer Kerosinsteuer müssen die europäischen Großstädte alternativ an ein Hochgeschwindigkeitsnetz (ab 400 km/h) angeschlossen werden. Die Japaner (Shinkansen) und Chinesen (Fuxing) machen es vor. Die neusten chinesischen Entwicklungen sehen ein landesweites Hochgeschwindigkeitsnetz von über 22.000 Km vor (Alltagsbetrieb 400 km/h) und bieten eine echte Alternative zum Flugzeug. Europa braucht eine klimafreundliche Alternative zum Flugzeug. Hochgeschwindigkeitszüge wie Magnetschwebbahnen sind voranzutreiben. Gerade die geografische Lage Deutschlands in Mitteleuropa sollte ein gesteigertes, nationales Interesse begründen neben die Möglichkeit die Mobilität von Morgen zukunftssicher zu gestalten.

3. Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.

- a. Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?

Ja, im Einklang mit Förderung innovativer Forschung für alternative Lösungen.

- b. Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

Ja, ohne Wenn und Aber!

- c. Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

Ja und dazu eine verbindliche Negativliste erstellen.

4. Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.

- a. Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und um-weltschädliche Subventionen beendet?

Die Landwirtschaft ist das einzige zentrale Thema, welches die Europäische Union mit einer eigenen Wirtschaftspolitik verfolgt. Dies zeigt sich auch am EU

**Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,**

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, Internet: www.waehlefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

Agrarhaushalt, welcher als einziger im EU Haushalt geführt wird. Die europäische Union muss ihrer globalen Verantwortung gerecht werden. Der Export von subventionierten Agrarprodukten, welche heimische Märkte wie in Afrika in ihrer Existenz bedrohen, gehört stärker reglementiert. Die Zerstörung ausländischer Agrarmärkte in wirtschaftlich schwachen Regionen kann nicht im Interesse der europäischen Mitgliedsstaaten sein, angesichts des Zustroms an Menschen, welche aus Perspektivlosigkeit ihre Heimat verlassen (müssen). Jede wirtschaftliche Entwicklung hatte ihren Ursprung in der Landwirtschaft. Erst dann entstanden Industrie und zuletzt der Dienstleistungssektor. Die Bedrohung durch europäische Agrarprodukte für die vielen ausländischen Landwirtschaften, insbesondere in Entwicklungsländern, nimmt immer dramatischere Auswirkungen an. Im eigenen Interesse muss die europäische Union ihre Politik des Agrarexports überdenken. Zudem betreibt die Europäische Union gegenwärtig eine Politik des „get big or get out“ und subventioniert zuvorderst große Agrarbetriebe. Um amerikanische Verhältnisse in der Landwirtschaft zu verhindern und die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft zu wahren, muss die Europäische Union ihre einseitige Förderpolitik aufgeben und Nebenerwerbslandwirte ebenso bei der Förderung berücksichtigen. Die Familien-Partei Deutschlands fordert eine einheitliche Grundsubvention, welche allen Agrarbetriebe zu gleichen Teilen zukommen soll, um die Diversifikation der landwirtschaftlichen Grundstruktur zu erhalten. Die Europäische Union muss weniger die Intensive Landwirtschaft und mehr die nachhaltige Landwirtschaft fördern.

- b. Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?

Der Pestizideinsatz wie Glyphosat muss sehr restriktiv angewandt werden und starke Pestizide und Insektizide (Neonicotinoid), die nachweislich die Umwelt in einem Ausmaße stören, sodass nachhaltige Schäden zu befürchten sind, sind unverzüglich zu verbieten.

- c. Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?

Die Forschung im Bereich der grünen Gentechnik und medizinischen Gentechnik wird für die Zukunft für die Menschen unverzichtbar sein. Allerdings müssen wir bei der Gentechnik auch neue Grenzen setzen wie z.B. bei der Deklarationspflicht. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren ob z.B. genmanipuliertes Futter oder Pflanzen zur Fleisch-, Milch-, Eier-, Getreide- und Fischproduktion angewendet wurde. Im Allgemeinen sehen wir bei der gesamten Gentechnik auf allen Gebieten noch erheblichen Handlungsbedarf, auch um Verbraucherrechte zu schützen.

5. Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000-Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

- a. Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?

Die neue Biodiversitätsstrategie beruht auf sechs quantifizierbaren Einzelzielen, die auf die Hauptursachen

**Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,**

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, Internet: www.waehlefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

des Verlustes der biologischen Vielfalt eingehen. Jedes Einzelziel ist mit einem entsprechenden Maßnahmenkatalog verknüpft. Bei strikter Einhaltung könnten wir uns den gesetzten Zielen bis 2020 annähern. Zu den wichtigsten vor uns liegenden Herausforderungen gehört die vollständige und wirksame Umsetzung des Naturschutzrechts, insbesondere die effektive Bewirtschaftung und Wiederherstellung von Gebieten mit hohem Biodiversitätswert im Natura-2000-Netz, die Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten und der Schutz der Ökosystemleistungen. Die Zeit zu lamentieren ist schon lange abgelaufen, wir müssen handeln und bei mangelhafter Umsetzung entsprechend auch einzelne Mitgliedstaaten in die Pflicht nehmen und eventuel sanktionieren.

Die Belange der Biodiversität

- b. Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

Die Ressource Wasser ist für die Menschheit essentiell. Durch die intensive Landwirtschaft werden die Wasservorräte auf der Welt zunehmend bedroht. Auch das Grundwasser wird zunehmend durch die Landwirtschaft in Folge des übermäßigen Pestizideinsatzes und die Überdüngung der Felder durch Gülle erheblich belastet. Die Nitratwerte sind alarmierend. Eine gestärkte Umweltschutzbehörde muss das zu schaffende Grundrecht auf sauberes (Trink-)Wasser durchsetzen und durch Kontrollen mit Unterstützung nationaler Behörden bewahren. Zudem muss die Europäische Union Wasser als ein liberales Wettbewerbsprodukt untersagen um eine qualitative Wasserversorgung für alle EU Bürger zu gewährleisten. Eine Privatisierung von Wasser jeglicher Art muss daher strengstens kontrolliert werden. Wassergenossenschaften stellen einen wirtschaftlich vernünftigen Ansatz dar. Kapitalgesellschaften hingegen, welche verpflichtet sind ausschließlich gewinnorientiert für Aktionäre zu handeln, sollten vom Geschäft mit dem Wasser ausgeschlossen werden.

- c. Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

Ja, hier darf es keine Denkverbote geben. Wir müssen alles unternehmen um unsere Ziele zu erreichen und dafür wird entsprechendes Geld benötigt die die Politik freigeben muss.

6. Umwelt und Gesundheit

Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.

- a. Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

Nein, denn das REACH-System basiert auf dem Grundsatz der Eigenverantwortung der Industrie. Das ist viel zu wichtig um es allein der Industrie zu überlassen. Ein Verursacher- und Vorsorgeprinzip funktioniert nur mit ganz klaren verbindlichen Rahmenbedingungen. Hier muss entsprechend nach dem Vorsorgeprinzip reguliert und auch durch sicheren Alternativen Ersatz gefunden werden.

- b. Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

**Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,**

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, Internet: www.wählefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS

Hormonschädliche Stoffe müssen Verbraucherfreundlich einer Regulierung unterworfen werden. Ein Anfang wäre gemacht, wenn wir endlich Europaweit Bisphenol A in Lebensmittelpackungen verbieten.

- c. Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?

Für die Zukunft der nächsten Generation unerlässlich. Daher sehen wir von der Familien-Partei Deutschlands die Notwendigkeit heute zu handeln.

Familien-Partei Deutschlands, Bundesvorstand, Bundesvorsitzender Helmut Geuking,
Telefon: 02543-931648,

E-Mail: helmutgeuking@aol.com, **Internet:** www.wählefamilie.de

Bankverbindung: GLS Bank, Bochum, IBAN: DE93 4306 0967 1178 1076 00, BIC: GENO DE M1 GLS